

Sächsische Staatskanzlei
persönlich
Ministerpräsident Michael Kretschmer
Archivstr. 1
01097 Dresden

Industrie- und Handelskammer Dresden
Geschäftsstelle Bautzen

Karl-Liebnecht-Straße 2 | 02625 Bautzen
Telefon: 03591 351-300 | Fax: 03591 351-320

E-Mail: service.bautzen@dresden.ihk.de
www.ernaehrungsgewerbe-sachsen.de

Bautzen, 02.04.2025

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmer,

mit diesem Schreiben möchten wir, als Vertreter des Netzwerkes der sächsischen Ernährungswirtschaft, unser Bedauern und unsere Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, dass der Freistaat Sachsen die finanzielle Unterstützung der Sachsenhalle auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin ab 2026 einstellen will. Diese Entscheidung ist nicht nur ein schwerer Schlag für die sächsische Ernährungswirtschaft, sondern auch für den Tourismus und die Lebensmittel- sowie Gastronomie-Branche, welche alle sehr eng miteinander verflochten sind. Damit wird einer der wirtschaftsstärksten Branchen des Freistaates sowie ihren Unternehmen eine essenzielle Plattform genommen, um sich einem internationalen Publikum zu präsentieren, Geschäftskontakte zu knüpfen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Region zu stärken. Diese Entscheidung bedeutet somit einen erheblichen Einschnitt in die Unterstützung unserer mittelständischen Unternehmen, die bisher durch die Förderung in ihrer Präsenz auf dieser wichtigen Messe gestärkt wurden.

Sachsen gehört neben Bayern zu den führenden Bundesländern der deutschen Ernährungswirtschaft. Etwa 95 % der sächsischen Lebensmittelhersteller sind kleine und mittelständische Unternehmen, die tausende Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern und erheblich zur wirtschaftlichen Stabilität unserer Region beitragen. Für diese Unternehmen war die Sachsenhalle nicht nur eine Plattform zur Absatzförderung, sondern auch ein wichtiger Ort zur Netzwerkpflge und Marktpositionierung. So konnte man sich beispielsweise beim traditionellen Sachsenabend mit wichtigen Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft austauschen. Die Streichung der Förderung bedeutet eine massive Schwächung der ausstellenden Unternehmen und stellt einen politischen Kurs dar, der die Interessen der heimischen Wirtschaft offensichtlich ignoriert.

Umso unverständlicher ist es, dass die Vertreter der sächsischen Ernährungswirtschaft nicht einmal in diesen Entscheidungsprozess einbezogen wurden. Dies ist aus unserer Sicht ein falsches Signal an die gesamte Branche. Wir bitten daher eindringlich, diese Entscheidung zu überdenken und die Förderung der Sachsenhalle für die 100. IGW auch über das Jahr 2026 hinaus sicherzustellen.

Unabhängig von der Messebeteiligung steht die Ernährungsbranche vor weiteren existenziellen Herausforderungen. Die seit langem kritisierte Bürokratielast, die sich u. a. in unübersichtlichen Verordnungen, verschärften Dokumentationspflichten, Anforderungen zur Nachverfolgbarkeit sowie zunehmend einschränkende Auditierungen zeigt, vermindern und zerstören Ertragsmöglichkeiten in der Lebensmittelindustrie erheblich. In einem Markt, der ohnehin von nahezu oligopolistischen Handelsstrukturen geprägt ist, führen diese Bedingungen zu einem immer stärkeren Druck auf die Produzenten. Hinzu kommt der geplante Eingriff in die Tarifautonomie durch die Anhebung des Mindestlohns auf 15 € ab 2026, der für viele Betriebe eine nicht tragbare Mehrbelastung bedeutet. Eine Weitergabe dieser Mehrkosten an den Handel ist de facto nicht möglich.

Die Möglichkeiten, höhere Kosten durch Optimierungen zu kompensieren oder Mitarbeiter durch Investitionen in Digitalisierung und Automatisierung zu ersetzen, sind für die Unternehmen nicht leistbar und können kein Anspruch für den Arbeitsmarkt und seine Vielfalt in Sachsen sein. Letztlich wird eine Anhebung des Mindestlohns um 17 % zu einer Erhöhungswelle in allen Lohngruppen und Branchen führen und durch die damit verbundenen Preissteigerungen die Inflation anheizen. Für die Bürger des Landes ergibt sich somit kein realer Effekt, sondern lediglich eine nominale Erhöhung der Steuereinnahmen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist der Umgang mit Zahlungen von Corona-Hilfen. Die Rückforderungen an die Unternehmen werden in einer Art und Weise durchgeführt, die von den ursprünglichen Zusicherungen weit abweichen. Dies bitten wir zu überdenken.

Wir wünschen uns für die sächsische Ernährungswirtschaft mehr Verlässlichkeit in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Infrastruktur, Steuer- und Förderpolitik oder Messebeteiligungen - es gibt zahlreiche Baustellen, die den sächsischen Mittelstand erheblich schwächen. Das betrifft nicht nur die Ernährungswirtschaft, wie auch die IHKs im Land versichern.

Als Vertreter des Netzwerkes der sächsischen Lebensmittelindustrie appellieren wir an die Politik, dringend zu einer tragfähigen und zukunftsgerichteten Wirtschaftspolitik zurückzukehren. Wir stehen Ihnen jederzeit für einen konstruktiven Dialog zur Verfügung und hoffen auf Ihre Unterstützung im Interesse der sächsischen Wirtschaft.

Mit freundlichen Grüßen



Mike Hennig
Sprecherratsvorsitzender des Netzwerkes Ernährungsgewerbe Sachsen